

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Wolme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. **Fernsprecher Nr. 42** Amt Halver. **Telegramm-Adresse** Anzeiger Halver.

Nr. 245 **Halver** **Montag, den 20. Oktober.** **20. Jahrgang**

Meine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutliche Regierung hat bei der Entente wegen der Sperre in der Ostsee dringende Vorstellungen erhoben.
- Die Reichsregierung hat in Holland mit Zustimmung der holländischen Regierung einen neuen großen Valutakredit aufgenommen.
- Der Ausschuss der Nationalversammlung hat die Sozialisierung der Elektrizitätswerke genehmigt.
- Die deutsche Friedensdelegation ist von Versailles nach Paris übergesiedelt.
- Zum 1. Januar wird der Präsident des Reichsgerichts, Wirkliche Geheimrat Dr. Rudolf Freiherr von Sedendorf aus dem Amte scheiden.
- Der Kommandant der britischen Seestreitkräfte in der Ostsee hat an Oberst Vermondt ein Ultimatum gerichtet, die Vorküste von Riga zu räumen, widrigenfalls die Stadt bombardiert werde.
- Um die Vorküste Riga finden zwischen den von englischen Kriegsschiffen unterstützten Letten und der Armee Vermondt heftige Kämpfe statt.
- In Ost-Turkestan haben die Bolschewisten eine schwere Niederlage erlitten, bei der sie 33 000 Gefangene einbüßten.
- Die neugebildete bulgarische Regierung hat sich entschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Kriegsverursacher — Friedensverderber

Die alte Pilatus-Frage „Was ist Wahrheit?“ ertönt immer aufs neue. Noch heute zerbrechen sich unsere Historiker die Köpfe und reden sie sich heiß, wenn sie über Schuld oder Unschuld an weltgeschichtlichen Katastrophen entscheiden wollen, die etliche hundert Jahre zurückliegen und über die alles Altenmaterial beider streitenden Parteien längst beisammen ist. Wieviel schwieriger muß dies bei Dingen sein, die wir noch selbst miterlebt haben! Man wollte ursprünglich den ganzen Komplex von Fragen, den der eben verrauschte Weltkrieg umfaßt, kurzerhand durch ein Volksgericht lösen lassen. Volksgerichte bringen selten die Wahrheit an den Tag. Sie kreuzigen das reine Wollen und rufen: „Gebt uns Barabbas frei!“

Wir sind geschlagen. Keine deutsche Festung ist erobert, keine deutsche Armee hat eine Schlacht von Tannenberg mit völliger Vernichtung erlitten, an keiner deutschen Küste ist der Feind gelandet. Der Krieg von 1914/18 wird in die Bücher der Geschichte, soweit sie von nicht parteiischer Wissenschaft einst geschrieben werden, als unerhörter Geldanfang unseres Volkes übergehen, das 4 1/2 Jahre lang unter Feldherren, denen die 23 Feinde keinen einzigen gleich großen gegenüberzustellen hatten, den Nachmitteln aller fünf Erdteile erfolgreich trotzte. Und doch sind wir geschlagen. Sogar zerklüftet; zerklüftet, wie in zweitausend Jahren der Weltgeschichte noch keine einzige Nation Europas oder überhaupt der ganzen alten Welt, zerklüftet für Jahrhunderte. Darum empört sich das Gefühl und es sucht nach Schuldigen. Es ist nur zu natürlich, daß verlangt wird, es müsse festgestellt werden, wer dieses fürchterliche Unglück verursacht und wer uns daran verhindert habe, rechtzeitig den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Ein Staatsgerichtshof solle es entscheiden, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Vorarbeit dafür leisten.

Schill ertlang der Heerzug der Parteien. Der Kaiser und Ludendorff müssen ans Kreuz, verlangen die einen. Erzberger und Scheidemann den Galgen, sagen die andern. Noch sind diese Rufe nicht verstummt. Eine leidenschaftliche Menge drängt sich vor dem Richterstuhl.

Am bequemsten hat es sich die Genossenschaft der feindlichen Mächte gemacht, für die es „keines weiteren Beweises bedarf“, wer der Kriegsverursacher und der Friedensverderber sei. Natürlich die deutsche Regierung, der deutsche Militarismus, schließlich auch das deutsche Volk; denn das gesamte Volk läßt man doch büßen. Diese „Gerichtsentscheidung“ wird einfach diktiert, ohne daß es einen Prozeß oder eine Zugenvernehmung gegeben hat. Der Beurteilte hat unterschreiben müssen.

Man sollte nun meinen, daß gegenüber diesem Gewaltakt das ganze deutsche Volk eilig in der geistigen Abwehr sein müßte; daß es nun darauf ankäme, den feindlichen Gewaltmenschen zu beweisen, daß sie ein regelrechtes Gerichtsverfahren scheuen, auch die Schuldigen seien. Vor aller Welt, vor allem vor den Neutralen, müßten wir darlegen, wie wir seit 1904 „eingekreist“ wurden. Wie Holland schon seit Februar 1914, ermuntert durch den englisch-russischen Vertrag von Reval, zum Weltkriege mobilisierte. Wie wir von Italien, dem Bundesgenossen, verraten wurden. Wie dann 1916 von Deutschland der erste ernste Versuch zum Friedensschluß ausging. So hätten wenigstens andere Völker gehandelt. Der roteste französische Republikaner läßt von keinem Ausländer die Erinnerung an Napoleon I. antasten. Keine parlamentarische Regierung Englands würde es dulden, daß der „erste Gentleman der Nation“, der König, angegriffen würde. Gegen den Landesfeind steht man geschlossen, ihn erkennt man als Richter nicht an.

Bei uns hat es so klare Richtlinien nicht gegeben, weil innerpolitische Interessen dem entgegenwirkten. So sind wir in diesem historischen Prozeß von vornherein ins Hintertreffen gekommen. Es wurde nicht mehr danach gefragt, ob die Deutschen oder ihre Feinde schuld seien. Sondern nur, wer unter den Deutschen angeklagt werden müsse. Und das wurde zur Parteifache.

Nachdem die Revolution von den Ämtern und ihren Amtsträgern Besitz genommen hatte, wurde der Unabhängige Rautsky nebst seiner Frau damit beauftragt, den Winter über die Ästen des Auswärtigen Amtes daraufhin durchzugehen, was sie an Material über die Schuld des alten Systems ergaben. Also Deutschland spielte den freiwilligen Untersuchungsrichter für die Feinde. Eine Gegenleistung erfolgte nicht. Die Ästen des Auswärtigen blieben verschlossen. Wir erfahren nicht, was Eduard VII.

und Nikolaus II., was DeCané und Mond George und Sasanow miteinander verabredet haben. Aber jede Bleistiftbemerkung des deutschen Kaisers auf geleerten und erledigten Ästen wird an das Tageslicht gebracht. Diese Randnotizen konnten bis zur Revolution nie in unrechte Hände geraten. Vereidete Beamten hatten dafür zu sorgen, daß sie im Staatsarchiv begraben wurden. Sie waren ja kein Staatsakt, sondern lediglich nur persönliche Ausrufungszeichen. Geseht den Fall, der Kaiser hätte etwa am Rand eines Berichtes über den Mord von Cerajewo geschrieben: „Niederknieteln müßte man die Wandel! Warum regt sich unser Botenchafter nicht?“ so würde die Veröffentlichung dieser Notiz heute selbstverständlich von der Entente so gedeutet werden, als habe der Kaiser zum Kriege „geheißt“. Es ist ein gefährliches Spiel, das wir damit treiben. Von den sechs starken Druckbänden, die dieses Material Rautskys enthalten, sollen die ersten vier noch vor Weihnachten im Buchhandel erscheinen.

Sie werden die Grundlage für die Verhandlungen des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuld bilden. Nun könnte man sagen, eine solche Kommission brächte doch die Wahrheit nicht an den Tag. „Was ist Wahrheit?“ seufzt der Skeptiker des Alten Testaments, der Mann des römischen Rechts, während die Menge vor seinem Palaste tobt. In dem Untersuchungsausschuss sitzen fünf Abgeordnete der deutschen und deutschen Volkspartei, 23 der übrigen Fraktionen, also die Mehrheit ist dieselbe wie in dem Parlament. Und man weiß doch, wie diese Mehrheit über Kriegsverursacher und Friedensverderber denkt.

Aber siehe da, der deutsche wissenschaftliche Ernst triumphiert anscheinend auch hier über die Forderungen der Partei. „Deutsch sein heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun; auch wenn es weh tut; auch wenn vorgetragene Meinungen dadurch über den Haufen geworfen werden.“ Der Untersuchungsausschuss hat am Donnerstag vor der Nationalversammlung seinen ersten Bericht erstattet, seine ungemein gründliche Gliederung und Arbeitsteilung dargelegt. Er hat darauf verzichtet, als „Sachverständige“ nur Leute zu hören, die als Historiker oder Diplomaten auf dem Boden der politisch neugegebenen Tatsachen stehen; er vernimmt auch Forscher und Staatsmänner der alten Schule. Er gibt sich mit deutscher Gründlichkeit alle Mühe, wirklich der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Das ist ein fast ausschließliches Unterfangen. Noch stehen wir den Jahren 1914/18 zu nahe, vor allem ihren parteipolitischen Kämpfen. Aber doch leuchtet uns jetzt wenigstens die Hoffnung, daß die Untersuchung nicht zu einem national würdelosen Selbstbepreien wird. Wir haben es vielmehr anscheinend mit einer wirklich historischen Kommission zu tun, einer Behörde voll ernstlichen Suchens nach Gerechtigkeit. Es soll nichts übers Rieche gebrochen werden. Die Arbeit ist zeitlich unbeschränkt, in ihren Mitteln unbeschränkt, und schon der eine Umstand, daß man ihr am Pariser Platz in Berlin Unterkunftsräume für 40 000 Mark jährlich hat mieten müssen, deutet auf die Größe der Aufgabe. Die Wahrheit marschiert. Germanicus.

Deutsche Nationalversammlung.

(101. Sitzung.) **OB. Berlin, 17. Okt. Ver.**

In den Wandelgängen wurde heute die gestrige Rede des neuen Reichsministers des Innern noch lebhaft besprochen. Besonders Aufsehen hat der Umstand hervorgerufen, daß der Redner der Deutschen Nationalen, der frühere Staatssekretär v. Delbrück, nach der kurzen Antwort des Ministers auf die Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner zur Ministerbank schritt und seinem Nachfolger im Amte die Hand drückte. Von der einen Seite will man in dieser Geste den Ausdruck der Bereitwilligkeit der rechten Oppositionsparteien erkennen, an der Durchführung des Reichsordnungsprogramms mitzuwirken. Andere Beobachter betonen, Dr. Delbrück habe Herrn Koch lediglich die Hand gedrückt, um anzudeuten, daß er in diesem Minister den erfahrenen Fachmann und Verwaltungsbeamten gegenüber den übrigen Nichtfachleuten der Regierung achte.

Kurze Anfragen.

Der Abg. Mumm (Deutschnat. Vp.) erneuerte seine Anfrage über die Tätigkeit der Zentrale für Heimatdienst, die aus Regierungsmitteln gespeist werde. Regierungsrat Brecht erwiderte, die Zentrale für Heimatdienst hat die Aufgabe, Aufklärung über die Politik der Regierung zu verbreiten. Eine solche Stelle ist unentbehrlich in einer demokratischen Zeit. Die Abgg. Astor und Hoffmann (Zentr.) fragten, ob bedürftigen Gemeinden zur Deduktion der Zwangsbewirtschaftskosten Zuschüsse aus den Gewinnen der Kriegsgesellschaften gegeben werden können. Dr. Schäfer vom Reichswirtschaftsministerium erklärte dazu, daß die Überschüsse der Kriegsgesellschaften der Reichskasse zuflossen und auf diese Weise der Allgemeinheit zugute kämen. Für eine Verwendung für einzelne Gemeinden sei das Reich nicht zuständig.

Gesundheitsplan des Ministeriums des Innern.

Zur zweiten Lesung dieses Staats nahm das Wort die Abg. Frau Jies (N. Soz.). Sie erklärte die gestrige Programmrede des Ministers des Innern wäre in der Form sehr verbindlich, aber im Wesen wäre sie eine scharfe Kampfanlage gegen die Unabhängigen. Hieraus kritisierte sie das Kulturprogramm des Ministers vom Standpunkte ihrer Partei aus. Auf eine Bemerkung des Abg. Neumann erwiderte Reichsminister Koch, es sei keine Beunruhigung über die Willensklärungen zum Religionsunterricht in der Schule nötig. Die richtige Form werde gefunden werden. Der Redner betonte, die Sorge für die Kriegergräber werde nicht vergessen.

Reichswehrminister Noske wandte sich gegen verschiedene Ausführungen der Frau Jies. Dabei kam es wiederholt zu heftigen Zurufen von der äußersten Linken und zu lärmenden Ausfällen. Der Minister erklärte, es ist leider Tatsache, daß in Berliner Krankenhäusern Operationen nicht ausgeführt werden können, weil die Barrierefürden der Frau Jies die Berliner Krankenhäuser lahmlegen. — Die weiteren Worte des Redners gehen im tosenden Lärm der äußersten Linken unter.

Noske und der Elektrizitätsarbeiterstreik.

Der Abg. Geher (N. Soz.) rief dem Minister zu: „Aufs neue gelogen!“, worauf der Präsident ihn zur Ordnung rief. Hierauf erklärte der Reichswehrminister: Es sind vier Elektrizitätswerke stillgelegt worden, die man sich bemüht, wieder in Gang zu bringen. Auch das große Kraftwerk bei Bitterfeld ist lahmgelegt worden. Hunderttausende von Leuten in Berlin werden in allerhöchster Bedrängnis geraten, falls es nicht gelingt, das Werk wieder in Gang zu setzen. Ich habe Anordnungen getroffen, daß die Nothilfe sofort eingreift. Die erforderlichen militärischen Sicherheitsmaßnahmen zur Durchführung der Maßregeln werden getroffen werden. Zu diesem Zweck habe ich über den Bezirk Bitterfeld den Belagerungszustand verhängt.

Ferner habe ich verfügt (das wird heute Abend der Bevölkerung bekannt gegeben werden), wer jetzt durch Wort, Schrift oder Tat den Versuch macht, lebenswichtige Betriebe stillzulegen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Jeder einzelne, der jetzt noch den Versuch macht, auf eine Lahmlegung solcher Betriebe hinzuwirken, wird sofort hinter Schloß und Riegel gebracht.

Das glaube ich dem Schutze der Bevölkerung schuldig zu sein. Diese Mitteilungen des Reichswehrministers wurden von den Unabhängigen mit großer Unruhe, von den übrigen Parteien mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hierauf sprach noch einmal die Abg. Frau Jies und richtete eine Fülle von Angriffen gegen Noske. Der Minister Noske, bemerkte sie unter anderem, ist stets derjenige, der alles, was er früher angebetet hat, jetzt verbrennt. Seine Rede bringt uns wieder einige tausend neue Mitglieder zu. Es ist Herrn Noske das liebste, sein früherer Gegner, ein Vertrauensvotum durchzusetzen. Man erkennt ihn nicht mehr als Sozialdemokraten an. Wenn die Arbeiterchaft geschlossen zusammenhält, und das wird sie tun, dann wird sie die Fäulnis in die Hand bekommen; dann wird die Diktatur des Volkes da sein.

Darauf erhob sich wiederum der Reichswehrminister und erklärte abermals, von der äußersten Linken wiederholt und bisweilen in beleidigender Weise unterbrochen: Mich treffen die Anklagen der Vorrednerin ganz und gar nicht. Gewalttaten sind von der Regierung abgewehrt worden. Daran wird die Regierung auch unter allen Umständen und mit allen Mitteln festhalten. Jeder Versuch, der von dieser Seite (dabei sah der Minister nach den Unabhängigen) darauf gerichtet ist, uns eines Tages einen Umschwung in ihrem Sinne zu bereiten, wird unseren entschlossenen Widerstand finden. Jeder, der von Ihnen daran teilnimmt, muß überzeugt davon sein, daß er

Kopf und Kränze dabei riskieren

wird. Ich hoffe, daß Herr Geher dann etwas mehr Mut beweist, als Herr Geher-Sohn in Dresden, und auch Herr Henke, der sich hier jetzt so sehr entrüstet, hat in der Gefahr noch immer das Loch gefunden, durch das er seine Haut in Sicherheit bringen konnte. (Der Abg. Henke richtete wieder einen beleidigenden Zuruf gegen den Reichswehrminister und wurde deshalb vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Ich wiederhole, fuhr der Reichswehrminister fort, was ich schon einmal gesagt habe:

Das Maß von Nichtswürdigkeit, Schamlosigkeit und Terrorismus.

das von den Anhängern der Frau Jies seit den Dezembertagen hier in Berlin und an anderen Orten, hauptsächlich in den Staatsbetrieben, aber auch in anderen Betrieben gegen Andersdenkende geübt worden ist, das übertrifft tausendfach alles das an Niedertracht, was jemals unter dem alten Regime von mir und meinen Freunden in diesem Hause bekämpft worden ist.

Durch die Bemerkungen des Reichswehrministers veranlaßt, ergreifen dann die Abg. Geher, Vater und Sohn das Wort, um sich gegen den Vorwurf, sie hätten Mangel an Mut gezeigt, zu verteidigen.

Der Abg. Krüger-Botsdam (Soz.) erklärte: Die große Masse der Berliner Arbeiter ist mit den Maßnahmen des Reichswehrministers einverstanden. Darauf warf die Abg. Frau Jies dem Vorredner „Lügner“ vor und wurde dafür zur Ordnung gerufen.

Dann ergriff der Abg. Lauffant (N. Soz.) das Wort zu der Erklärung: Der Reichswehrminister Noske (stürmische Seiterkeit) habe der Berliner Arbeiterchaft einen Schlag ins Gesicht verleiht.

Die allgemeine Besprechung über den Haushalt des Ministeriums des Innern schloß damit und wurde in die Einzelberatung eingetreten, die im weiteren Verlauf der Sitzung ihren Abschluß erreichte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Protest gegen die Offseeblockade.** Die Deutsche Friedensdelegation in Versailles ist beauftragt worden, wegen der über die deutsche Schifffahrt in der Ostsee verhängten Sperre, insbesondere wegen ihrer Ausdehnung auf die Territorialgewässer, unter Hinweis auf die durch die Maßnahme herbeigeführten verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen dringende Vorstellungen bei der Entente zu erheben.

+ **Die Entscheidung in der Memelfrage.** Aus Paris wird gemeldet, daß der Oberste Rat bezüglich des Gebietes von Memel eine Antwort auf die Note der deutschen Delegation entworfen hat, worin er es ablehnt, mit Deutschland über diese Frage in Diskussion zu treten, da Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles auf seine Rechte über dieses Gebiet verzichtet habe.

+ **Amerikanische Befragung für Oberschlesien.** Das amerikanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß 5000 amerikanische Truppen sofort nach West eingeschifft werden, um als amerikanische Besatzung an den Rhein gebracht und von dort weiter nach Oberschlesien für die Zeit der Volksabstimmung geführt zu werden.

+ **Zur Selbständigkeit der Provinzialverbände.** Der Entwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände ist durch die Ausschussberatungen gänzlich verändert worden. Nach der neuen Fassung des Entwurfs beibehalten die Provinzialalltagte selbständig über die Frage der Religionsstunden, über die Zulassung

Alle Elektrizitätsarbeiter im Ausstand.

Ein neues Verbot Moskes.

Wie der Berliner Metallarbeiterverband mitteilt, sind am Freitag sämtliche Arbeiter aller Berliner Elektrizitätswerke in den Ausstand getreten. — Inzwischen ist an allen Stellen sofort die technische Nothilfe eingesprungen, so daß die Aufrechterhaltung der Betriebe zur Not möglich sein wird.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, Moske, hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem er erklärt, es läge ihm fern, in wirtschaftliche Kämpfe einzugreifen, er könne aber auch nicht dulden, daß hunderttausende von Arbeitern gegen ihren Willen zum feiern gezwungen und die lebenswichtigsten Betriebe stillgelegt würden. Deshalb verbietet Moske auf Grund des Belagerungszustandes bei Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung jede weitere Belästigung durch Wort, Schrift usw. zur Stilllegung lebenswichtiger Betriebe und zur Sabotage.

Sorales und Provinzielles.

Salver, den 20. Oktober.

□ **Keine Ausfuhrbewilligungen für Kleesaat.** Infolge kühnlicher Nachfrage nach Rottlee aus Schweden und Dänemark ist der Preis hierfür in der letzten Zeit sprunghaft in die Höhe gegangen. Der Leidtragende ist die deutsche Landwirtschaft und weiter der deutsche Verbraucher. Denn bei dem niedrigen Stande unserer Valuta könnte das Ausland jeden Preis bezahlen und würde gegenüber dem inländischen Abnehmer noch immer außerordentlich billig kaufen. Es darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß ein Ausfuhrverbot für Rottlee inländischer Ernte besteht! Im Interesse der Verhütung der heimischen Landwirtschaft mit guter Kleesaat sind Ausfuhrbewilligungen weder jetzt noch im kommenden Frühjahr zu erwarten. Vor dem Abschluß von Ausfuhrgeschäften mit Rottlee muß daher dringend gewarnt werden.

□ **Erntearbeiter sind Selbstversorger.** Unsere noch immer kritische Ernährungslage verlangt, daß alle noch auf den Feldern befindlichen Hackfrüchte rechtzeitig eingebracht werden. Die Schwierigkeit liegt hauptsächlich in der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte. Um der Landwirtschaft die Anwerbung der erforderlichen Erntearbeiter zu erleichtern, hat der Reichswirtschaftsminister angeordnet, daß alle auch nur vorübergehend mit Erntearbeiten beschäftigten Personen mit ihren Familienangehörigen nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen als Selbstversorger zu betrachten sind.

□ **Falsche Fünzigmark Scheine.** In Anbetracht der vielen in Umlauf stehenden falschen 50-Mark-Banknoten veröffentlicht die Berliner Bankzeitung ein Verzeichnis der unglücklichen Scheine. Banknoten mit nachfolgenden in der unteren linken Ecke schwarz gedruckten Nummern sind falsch: A. 001 — B. 133 — D. 628 — E. 81 — G. 132 H. 1—142 — J. 164—168 H. 144.

□ **Das Ausbleiben der heutigen Zeitung ist auf ein Kabeldefekt der elektrischen Leitung in der Kronprinzenstraße hieselbst zurückzuführen.** Da der Fehler erst aufgefunden werden muß, wird die Störung resp. Stromsperre längere Zeit anhalten, wodurch unser Druckereibetrieb vollständig stillgelegt wird. — Wiederholt haben wir mit kleinen Störungen zu kämpfen, die wir stets leicht durch eigene Kraft überwunden haben. Bei einem vollständigen Versagen der elektrischen Kraft ist uns dies bei der hohen Auflage unserer Zeitung nicht möglich. Wir bitten unsere Leser um Rücksichtnahme.

— **Von der Handelskammer.** In der Woche vom 20.—25. Oktober 1919 sind zur Beförderung als Frachtstück nur folgende Güter anzunehmen: 1. Bekleidungsgegenstände, 2. Beleuchtungsstoffe, 3. Betriebsstoffe für Motore, 4. Brennstoffe, 5. Düng- und Futtermittel, 6. Heizöl, 7. Hopfen, 8. Lebens- und Genussmittel, 9. lebende Tiere, 10. Saatgut, 11. Umzugsgut, 12. Zeitungsdruckpapier, 13. Wagendecken, 14. Verpackungsmaterial aller dieser Güter.

— **Eine deutsche christliche Volkshochschule,** die erste in Westfalen, wird am 1. Nov. in Bethel bei Bielefeld in einem eigenen Heim, einem bisherigen Bauernhause eröffnet, das für 22 Besucher und die Familie des Leiters eingerichtet ist, sodaß das Haus mehr einer Familie als einer Schulanstalt gleichen wird. Hauptfächer sind: Lebenskunde, Deutsch, Geschichte, Naturkunde, Leibesübungen und Weiterbildungen in Landwirtschaftslehre, Obst- und Gartenbaukunde. Der erste Lehrgang dauert 4 Monate, die Kosten betragen 400 Mk. Lehrplan und Aufnahmebedingungen sind zu erfahren durch den Leiter Pfr. Bruckhardt in Bethel bei Bielefeld.

— **Der Wilhelm-Augusta-Lehrerinnenverein** feierte am 12. Okt. in Wissen a. d. Sieg das 25jährige Bestehen seines dortigen Erholungs- und Feierabendhauses „Friedheim“, wobei auch der Vorsitzende Präses D. Kockelke-Schwehm zugegen war. In dankbarer Erinnerung an die Zeiten der Erholung in Friedheim überreichten Lehrerinnen einen Grundstock zu einer Jubiläumstiftung. Den Mittelpunkt des Festes bildete außer der Generalversammlung eine Jubiläumsfeier, die ausklang in dem Wunsche, daß „Friedheim“ fernerhin für Lehrerinnen eine Stätte der Erholung und des Ausruhens sein möge und daß der auf 40 Arbeitsjahre zurückblickende Verein außer Friedheim in Wissen, Wilhelm-Augustastift in Sandersheim a. Harz und dem Erholungshaus in Norderney noch weitere derartige Feierabend- und Erholungshäuser errichten könne.

— **Zeppelin-Schwedenfahrt mit Funktelegraphie.** Für die am 8. Oktober erfolgte Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes „Bodensee“ nach Schweden ist vom Reichspostministerium eine ununterbrochene funktelegraphische Verbindung eingerichtet worden. Die deutsche Funkstation Staaken bei Berlin und die schwedische Funkstation Marholm standen im funktelegraphischen Verkehr untereinander sowie mit dem Luftschiff, um alle wichtigen Nachrichten über die Schiffsbewegung sowie Wettermeldungen usw. sowohl mit dem Start- und Landungsplatz als mit dem Luftschiff selbst auszutauschen und so die Sicherheit des Luftschiffes und der Fahrgäste zu gewährleisten.

wesentlich zu erhöhen. Die „Bodensee“ hatte bis einschließlich zur Höhe von Bornholm Verbindung mit Deutschland; schon einige Zeit vorher hatte sie auch schon die Signale von Schweden erhalten, sodaß ihre funktelegraphische Verbindung keinen Augenblick aussetzte. Das Luftschiff war auch mit Einrichtung für drahtlosen Fernsprecher mit einer Reichweite bis zu 200 Klm. versehen.

* **Oberbrügge, 20. Okt.** Die goldene Hochzeit feierten am gestrigen Sonntag Herr Rentner August Schuster und Frau, Emma geb. Brune in Ahle.

* **Oberbrügge, 20. Okt.** Verstorben: Bahnhofsvorsteher Scheller von Oberbrügge nach Brügge als Oberbahnhofsleiter, Bahnhofsvorsteher Meyer von Waldbrohl nach Oberbrügge, Gläubervorsteher Kersberg von Altena nach Elberfeld.

□ **Oberbrügge, 18. Okt.** Im Hotel Sünderland fand am 15. ds. Mts. eine fast von sämtlichen kaufmännischen Angestellten von Oberbrügge, Salver und Umgebung besuchte Versammlung statt, um zu den heutigen Verhältnissen Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde bekundet, daß die jetzige Entlohnung nicht mehr den jetzigen Verhältnissen entspricht, da die kaufmännischen Angestellten im Verdienst weit hinter den Arbeitern zurückstehen. Es wurde beschlossen den laufenden Tarifvertrag demnächst zu kündigen und weitere Verhandlungen anzubahnen, mit deren Einleitung und Fortführung die Ortsgruppe Oberbrügge des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes beauftragt wurde. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeitgeber sich den berechtigten Forderungen der Angestellten nicht verschließen würden, da nur so auf ein einmütiges Zusammenarbeiten zu rechnen ist. Der Angestellte ist ebenso wie der Arbeitgeber ein Mitkämpfer in dem heutigen Wirtschaftskampfe und wünscht, daß auch seine Arbeit entsprechend gewürdigt wird.

+ **Kierspe, 19. Okt.** Inzwischen kehrten weiter aus englischer Gefangenschaft zurück: Wilhelm Lück von Eicken, Engelbach von Immelscheidt und Kurz von Hüttenbruch. Die Heimat heißt alle herzlich willkommen.

— **Kierspe-Bhf., 19. Okt.** Aus englischer Gefangenschaft kehrte ferner Fritz Olberich von hier zurück, dem wir ein herzliches Willkommen daheim zurufen.

— **Kierspe-Bhf., 20. Okt.** Nach der durch den Krieg hervorgerufenen langen Unterbrechung feiert der hiesige Männergesangsverein am nächsten Sonntag im Cramerischen Saale zum ersten Male wieder sein Stiftungsfest. Trozdem der Verein erst wieder kurze Zeit seine Tätigkeit aufgenommen hat, kann er ein vorzügliches Programm aufweisen. Das „Sängergruß“-Quartett aus Lüdenscheld, das unter derselben Leitung steht, hat seine Mitwirkung zugesagt, und kann der Besuch des Konzerts jedem Sangesfreund bestens empfohlen werden.

□ **Dortmund, 18. Okt.** Infolge des starken Mangels an Kohlen und Koks wird die Hochofenanlage des früher von Bornschen Werkes, jetzt im Eigentum des Phönix, mit Ende dieses Monats stillgelegt werden. Die dadurch beschäftigungslos werdenden vierhundert Arbeiter des Werkes können in den übrigen Betrieben des Phönix Unterkunft finden.

□ **Münster, 16. Okt.** In der Strafanstalt Werl waren neuerdings wieder einmal 7 Häftlinge in den Hungerstreik eingetreten. Nach einigen Tagen zogen die „Streikenden“ es aber doch vor, wieder Nahrung zu sich zu nehmen. Gesundheitsschädliche Folgen hat die Hungerkur für die Beteiligten nicht hervorgerufen.

□ **Gummersbach, 18. Okt.** Durch den elektr. Strom getötet. Bei der Ausbesserung von Arbeiten im Transformatorhause des Kreis Elektrizitätswerkes in Drabenderhöhe berührte der 30-jährige Monteur E. Schäfer die Hochspannungsleitung. Der Unglückliche wurde vom elektrischen Strom getroffen und sofort getötet.

Nach und Fern.

□ **Ein umfangreiches Amt.** Ein Amt mit 2555 Köpfen ist die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Nach ihrem neuesten Bericht beschäftigt sie 63 höhere Beamte. Dazu kommen 17 beim Rentenausschuß Berlin. Die Anzahl der mittleren und Unterbeamten bei der Reichsversicherungsanstalt und dem Rentenausschuß betrug Ende 1914 zusammen 2475. Diese Zahl hatte Ende 1913 nur 1054 betragen, stieg aber seitdem von Jahr zu Jahr. Männliche Personen waren zum Schluß 825, weibliche 1650 beschäftigt.

□ **Eilige Sendungen und Telegramme** wurden in den letzten Jahren bei Nacht nur dann bestellt, wenn sie den Bemerkel „Nacht“ tragen. Als Nacht galt dabei die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Wegen der mangelhaften Beleuchtung der Straßen und anderen Umständen hatte das Reichspostamt schon im vorigen Winter angeordnet, daß eilige Sendungen und Telegramme erst von 7 Uhr an und nicht mehr nach 9 Uhr abends ohne besonderen Wunsch der Abnehmer bestellt werden. Die schlechte Kohlenversorgung hat das Reichspostministerium jetzt wiederum veranlaßt, zu genehmigen, daß auch in diesem Winter diese Zeiten eingehalten werden.

□ **Weltverband für internationale Erziehung.** Der in diesen Tagen in Frankfurt a. M. abgehaltene Kongreß pazifistischer Erzieher hat die Gründung eines deutschen Landesverbandes des Weltverbandes für internationale Erziehung beschlossen. Wie in den Verhandlungen bekanntgegeben wurde, sind in den andern Ländern entsprechende Verbände in der Gründung begriffen. Die seit einem halben Jahre in Bern bestehende Zentrale soll den Verkehr unter den für sich vollkommen selbständigen Landesverbänden vermitteln.

□ **Millionenschiebungen in Düsseldorf.** Der Abg. Dr. Jansen veröffentlicht Aufsehen erregende Berichte über riesige Schiebungen im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld. Die Werte, die bei diesen Schiebungen in Betracht kommen, werden allein für den Bahnhof Düsseldorf-Reisholz auf monatlich 60 Millionen Mark geschätzt. Die Schmiergelder, die an höhere Beamte gezahlt werden, werden auf monatlich 6 Millionen berechnet. Sogar den Mitgliedern des von der Eisenbahndirektion Elberfeld eingeleiteten Untersuchungsausschusses wurden Schmiergelder in Höhe von 2 Millionen angeboten. Unter den Schiebern gibt es bestimmte Sätze für die Vorkontingentsgelder. Ein Lokomotivführer erhält 4000 bis 5000 Mark, ein Eisenbahnassistent 20 000 Mark für einen verkehrsreichen Eisenbahnwagen. Ähnliche Zustände hatten sich auf fast allen Bahnhöfen im Grenzbezirk herausgestellt.

□ **Der französische Einheitsanzug für 110 Frank.** Das Pariser „Petit Journal“ bringt nähere Angaben über die Einführung eines Einheitsanzugs: Nach dem nationalen Stiefel kommt jetzt der nationale Anzug. Beide sind entstanden aus der unerhörten Steigerung aller Preise und aus der Notwendigkeit, auch für die kleinen Börden, sich die notwendigen Lebensbedingungen zu verschaffen. Die ersten Versuche zur Herstellung eines einheitlichen und billigen nationalen Anzuges begannen schon im Mai dieses Jahres. Sie wurden in einer Fabrik in Roubaix ausgeführt; gegenwärtig arbeiten drei großen Fabriken in Roubaix und Tourcoing an seiner Herstellung. Das Tuch besteht aus einer Mischung von Wolle und Baumwolle, wiegt 600 Gramm das Meter und ist bei seiner großen Leichtigkeit sehr haltbar. Es wird in verschiedenen Farben hergestellt: schwarz, dunkelgrau, braun, olivgrün und marineblau. Der ganze Anzug kostet den Schneidern 100 Frank und wird dem Publikum für 110 Frank verkauft.

□ **Versälfchtes amerikanisches Mehl.** Nach einer Meldung aus Kattowitz sind in den letzten amerikanischen Mehllieferungen 25 % Beimischung von Meeressand festgestellt worden. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Beimischung von deutscher Seite ausgetroffen ist, da die Säcke bereits in Amerika maschinell verschürt worden sind.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Kierspe, den 18. Oktober.

Dem Schreiber des Eingefandts über den Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband seien kurz einige Worte erwidert:

Zunächst glaube ich mit gutem Gewissen behaupten zu können, daß im Rahmen der hiesigen Ortsgruppe Angestellte sind, die über Zwecke und Ziele des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes genauestens unterrichtet sind, und in dieser Hinsicht vielleicht über die gleichen Kenntnisse verfügen wie auch der Schreiber des Eingefandts.

Als Erfolg der Vereinigungen führt der Herr die Tarifverträge an. Wenn er jedoch weitere Vorbeeren nicht anzuführen vermag, so kann ich ihm sagen, daß wenig Aussicht besteht, hiermit hiesige Angestellte in eine benachbarte Ortsgruppe zu locken. Ich für meinen Teil gehe nämlich von dem Standpunkt aus, daß ein Verhältnis zwischen einem Angestellten und Prinzipal, die doch gewissermaßen dauernd Hand in Hand arbeiten müssen, nur dann ein ersprießliches ist, wenn es ein erzwingendes darstellt. Sobald dem einen oder anderen Teil Zwang auferlegt wird, ist es mit der Harmonie vorbei, und der Eine sehnt die Gelegenheit herbei, von dem Anderen los zu kommen. Ich muß allerdings gestehen, daß ich hierbei nur von hiesigen Verhältnissen spreche, wo die Fabrikanten ja meistens nur ein kleineres Büropersonal haben. Es mag sein, daß in großen Kommissionsgeschäften und dergleichen, wo Angestellte in größerer Anzahl beschäftigt werden, und wo die Arbeiten viel mehr schematischer Natur sind, die Anwendung eines Tarifes eher angebracht ist, jedoch möchte ich auch hier kein erzwingendes Arbeitsverhältnis mitmachen.

Im wesentlichen kommt es also auf die Verhältnisse an. Hier in der Ortsgruppe liegen diese eben derart, daß den meisten Angestellten die Vereinigung keine besonderen Vorteile zu bieten vermag, da diese durch Verhandlungen im Wege der gütlichen Verständigung mit ihren Arbeitgebern mehr erzielen, als wenn sie es versuchen wollen, diese zu zwingen.

Die übrigen Zwecke und Ziele des D. N. H. sind durchaus nicht zu verkennen, obwohl mancher sein Leben lang keinen Nutzen daraus ziehen kann, und wenn man dann den Beitrag von Mark 48,— pro Jahr zurücklegt, so ergibt dies doch im Laufe der Jahre ein nicht zu unterschätzender Betrag.

Sch.

Telegramme und Drahtnachrichten.

TU Berlin, 19. Okt. Das in Berlin erscheinende russische Blatt „Priszw“ veröffentlicht folgenden Bericht des Generals Judeniz: Krassnaja, Gorka, Oranienbaum, Peterhoff und Strjelna sind von unseren Truppen besetzt. Die Küste des finnischen Meerbusens ist vollständig von den Bolschewisten gesäubert. Unsere Truppen haben die Stadt Petersburg selbst von Süden erreicht und stehen im Weichsel der Stadt. In den Straßen wird gekämpft. Das englische Geschwader ist in die Newamündung eingefahren.

TU Helsingfors, 19. Okt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten von der Petersburger Front ziehen die Bolschewisten starke Truppenmassen bei Petersburg und bei Pskow südlich des Pelpus-Sees zusammen. Aus Petersburg werden Straßenkämpfe gemeldet.

Keine amerikanische Lebensmittel mehr.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Amerikanische Bejagungsoffiziere machten bekannt, daß die Lebensmittel, die aus den amerikanischen Armeebeständen der deutschen Bevölkerung zugewiesen wurden, aufgebraucht sind und aus Amerika nicht mehr ergänzt werden können. Die günstigen Lebensmittelangebote Amerikas seien von der deutschen Verwaltung nicht angenommen worden. Der einzige Weg für das deutsche Volk, so heißt es in der Bekanntmachung, Lebensmittel und Kohlen ohne die ungeheure Verteuerung zu erhalten, sei der, die notwendigen Lebensmittel selbst zu erzeugen oder durch fleißige Arbeit Werte zu schaffen, die den Stand der deutschen Valuta im Ausland heben.

Die Kosten der rheinischen Besetzung.

Berlin. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung gelangte eine Aufstellung über die voraussichtlichen Kosten der Besetzung des rheinischen Gebietes usw. zur Vorlage. Insgesamt betragen die jährlichen Besetzungskosten 2 219 392 000 Mark. Dazu kommen später für Vauunterhaltung (Ausführung des Friedensvertrages) jährlich 40 000 000 Mk. Dazu treten noch einmalige Ausgaben für Offiziersfamilienwohnungen usw. bis zum Betrage von 400 000 000 Mark.

Aufrände in Petersburg und Moskau.

London. Zuverlässigen Meldungen zufolge ist die Sowjetregierung in Petersburg bereits gestürzt. Auch in Moskau folgt ein Aufstand dem anderen.

Welt und Volkswirtschaft.

* **Die Kartoffeln in Westdeutschland.** Nach Mitteilung der Oberbürgermeister der rheinisch-westfälischen Städte steht die Kartoffelversorgung Westdeutschlands vor dem Zusammenbruch. Die Lieferanten bleiben weit hinter ihren Verpflichtungen zurück. Die Städte haben bisher knapp 3 bis 5 % der ihnen zugesprochenen Mengen erhalten. Der Leiter der Düsseldorf-Kartoffelverorgungsstelle schlägt in einer Eingabe den Zusammenschluß der Städte Westdeutschlands zum gemeinsamen Einkauf der Kartoffeln vor; so könnte die Katastrophe vermieden werden. Es soll auch die Frage erörtert werden, ob es möglich ist, holländische Kartoffeln zu bekommen.

* **Befähigung von Schiedsrichtern durch die Landesversammlung.** Wie eine Nachrichtenstelle meldet, sollen künftighin Schiedsrichter, soweit die Landesfinanzen von ihnen berührt werden, der Preussischen Landesversammlung zur Beschlußfassung und Bestätigung vorgelegt werden. Ein solches Verfahren empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil derartige mit den finanziellen Interessen des Staates in engem Zusammenhange stehenden Schiedsrichter häufig einen Nachtragsetat und dergleichen erforderlich machen.

* **Gegen die maßlosen Seereschiffsverschiebungen.** Vom Reichsverkehrsamt (Referat „Seereschiffahrt“) sind bisher schon über 12 000 Einzelfälle von Seereschiffsverschiebungen verfolgt worden. Die dem Reich gerechneten Summen belaufen sich bereits auf rund 150 Millionen Mark. Der Gesamtbeitrag, der nach Erledigung der sämtlichen bislang in Behandlung genommenen Fälle der Reichskasse zufließen wird, dürfte auf mehrere hundert Millionen zu schätzen sein.

* **Städte- und Zwangswirtschaft.** Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat Veranlassung genommen, die Regierung dringend vor einem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu warnen. Wenn der Städtebund auch den Abbau herbeiführen, so sei gegenwärtig doch der Abbau der Zwangswirtschaft ein Verzicht, für den die Zeit mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Verworfenheit und mit der Aussicht auf die schwierigen Wintermonate besonders ungeeignet sei. Nach dem unglücklichen Ausgang der Eier-, Haier- und Lederfreigabe könne kaum zweifelhaft sein, daß die erste Folge die Steigerung aller Preise auf die ungeheuerliche Höhe der Auslandspreise und die weitere ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaftslage der Verbraucher wäre.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 16 der Gewerbeordnung und § 46 ff des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Firma Gebrüder Dahlhaus zu Stephansohl bei Brügge die gewerbepolizeiliche Genehmigung und auf Grund des Wassergesetzes vom 7. April 1913 die Verleihung des Rechtes nachgesucht hat, im Volmeßfluß in den Landgemeinden Länderscheid und Halver 152 Mtr. unterhalb ihres jetzigen Stauwehres ein neues Betriebswehr anzulegen.

Der Antrag mit Zeichnungen und Erläuterungen liegt auf dem Amtshause in Halver während der Dienststunden in der unten näher bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Etwasge Einwendungen gegen die gewerbepolizeiliche Genehmigung sowie Widersprüche gegen die Verleihung und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigungen sind beim Bezirks-Ausschuß in Arnsberg schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 22. Oktober bis 6. November ds. Js. anzubringen.

Innerhalb derselben Frist sind etwaige andere Anträge auf Verleihung des Rechtes zu einer Benutzung des Volmeßflusses, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei der unterzeichneten Amtsstelle mit den unter 2 bis 5 in der 3. Ausführungsanweisung zum Wassergesetz vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen.

Werden innerhalb dieser Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Verleihung von Rechten nicht gestellt, so geht das Widerspruchsrecht verloren und es können die nach Ablauf der Frist gestellten Anträge auf Verleihung in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Wegen nachteiliger Wirkungen der Ausübung des verliehenen Rechtes können in diesem Falle nur noch die im § 82 und § 203 Absatz 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden.

Zur mündlichen Erörterung der etwa rechtzeitig geltend gemachten Einwendungen, Widersprüche, Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und Entschädigungsansprüche wird Termin auf den 12. November 1919 im Anschluß an den 2 Uhr 4 Min. nachm. auf Bahnhof Brügge eintreffenden Zug auf dem Werk der Firma Gebrüder Dahlhaus zu Stephansohl vor einem Kommissar des Bezirksausschusses anberaumt, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden.

Diese Erörterung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Arnsberg, den 7. Oktober 1919

Der Bezirksausschuß
Unterschrift.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht mit dem besonderen Hinweis darauf, daß etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage beim Bezirksausschuß in Arnsberg rechtzeitig in der Zeit vom 22. Oktober bis 6. November ds. Js. anzubringen sind und daß Termin zur mündlichen Erörterung auf den 12. November ds. Js. auf dem Werk der Fa. Gebr. Dahlhaus im Stephansohl anberaumt ist.

Halver, den 15. Oktober 1919.

Der Amtmann. J. B. Winkhaus.

Amt Halver.

Körbe.

Das Amt hat etwa 4—500 gebrauchte Körbe mit Deckeln abzugeben. Interessenten wollen sich im Amtshause Zimmer 12 melden.

Halver den 15. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

* **Tarifvertrag für Waldbesitzer.** Zwischen der Forstverwaltung des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt sind. Das Ministerium hat die Regierungen angewiesen, umgehend mit je einem Vertreter der beiden Verbände für ihren Bezirk die Lohnklassen, die Verteilung der Überförstereien oder von Teilen derselben zu den einzelnen Klassen und die Stundenlöhne in Vertragsform zu vereinbaren. Die Löhne sollen sich den in der Landwirtschaft der betr. Gegend üblichen anpassen, im allgemeinen aber etwas höher als die für landwirtschaftliche Arbeiter unter Berücksichtigung des Wertes der Deputate angesetzt werden. Die Feuerungszulagen fallen nach Feststellung der Tarifvertragslohnklasse fort. Soweit Akkordarbeit geleistet wird, wird es möglich sein, daß ein geübter und fleißiger Forstarbeiter im Durchschnitt bei achtstündiger Arbeitszeit etwa 25 bis 30 % über den Achtstundentagelohn erzielen kann.

* **Amerikanische Kredite.** Nach Meldungen aus New York ist die amerikanische Industrie höchst erregt über den ungeheuren Niedergang der amerikanischen Ausfuhr, der durch den Valutastand veranlaßt wird. Die Industriellen hätten deshalb beschlossen, eine Gesellschaft mit 100 Millionen Dollar Kapital zu errichten, um den notleidenden europäischen Staaten langfristige Kredite einzuräumen. Ein Antrag von Belgien auf 400 Lokomotiven und 20 000 Waggons mußte von Amerika wegen mangelnden Kredits zurückgewiesen werden.

* **Drohender Angelegenheitsstreit an Rhein und Ruhr.** Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat erklärt, daß er einen Ausbau der Gehälter seiner Angestellten unter Zugrundelegung der beruflichen Vorbildung nach eingehender Beratung endgültig ablehne. Damit wird der Kampf der Angestellten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk um die Regelung der Gehälter von neuem entbrennen. In einzelnen Städten sind bereits die Arbeitgeber davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Angestellten mit allen Mitteln die tarifliche Regelung ihrer Gehälter erkämpfen werden.

Leben und Wissen.

— **Von den Taubstummen.** Der holländische Arzt Dr. Wilbe veröffentlicht interessantes Material über die Erblichkeit der Taubstummheit bei Blutsverwandtschaft der Taubstummen. Es kommen in Holland auf 100 000 Einwohner 39,34 Taubstumme. Die semitische Rasse ist reichlich fünfmal stärker mit Taubstummen befaßt als die arische. Taubstumme stammen häufig aus kinderreichen Familien, im Durchschnitt 6,4 Kinder pro Familie. Die Erblichkeit von Eltern auf Kind ist stärker, wenn beide Eltern taubstumm sind. Bei den Juden ist die Erblichkeit reichlich dreimal stärker als bei den Protestanten; bei den Katholiken fehlt sie (in Holland) ganz. Auffallend häufig bleiben die Eltern Taubstummer kinderlos. Taubstumme Eltern haben weniger Kinder als die Familien, aus denen sie selbst stammen. Eben unter taubstummen Katholiken sind selten, zweimal häufiger bei taubstummen Protestanten, viermal häufiger bei taubstummen Juden. Die Aussicht, ein taubstummtes Kind zu kriegen, ist für eine Gattin unter Verwandten doppelt so groß als bei der Ehe Nichtverwandter.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Unterhalb Millionen Mark Strafe für Schleichhändler.** Das Schöffengericht in Walldorf sprach in 28 Straffällen Strafen im Gesamtbetrage von über anderthalb Millionen Mark unter Einziehung der Waren aus. Der Angeklagte Singen wurde wegen Handels mit unverschuldeten Schweizer Stempeln zu 103 000 Mark bzw. 235 000 Mark Geldstrafe und einer Woche Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte festsetzte, die Kasse mit übermäßigem Gewinn verkauft und zeitweise ohne Einfuhrbewilligung in das Zollland gebracht hatten, wurden zu je 261 000 Mark Geldstrafe und je einem Monat Gefängnis verurteilt.

§ **Verkehrte Welt.** Die Diebeskunst hat sich heute in einer Weise entwickelt, daß der einfache, von altersher privilegierte ehrliche Angehörige der Kunst nicht mehr mitkommt. Er wird selbst zum Opfer. Die Erfurter Strafkammer verurteilte zwei Männer zu 6 und 9 Monaten Gefängnis, die durch klottes Leben und größere Geldeingaben die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen hatten. Die Polizei ermittelte als Quelle dieser Geldeingaben eine Tische, die 2000 Mk. bar, für über 2000 Mk. Wertfachen und Leben mittel enthalten hatte und von den beiden Männern gelegentlich eines Wolmarktbes in Arnstadt einer Blauerin abgeliefert worden war.

Schriftleitung Wilh. Bell, Halver.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
sagen wir hiermit unsern

tiefgefühlten Dank.

Otto Voss,
Paul Voss,
Helmut Voss,
Curt Voss.

Erklärung.

Die Ausführungen betr. der Sitzung des
Schlichtungsausschusses in Altena, die in dem am
Samstag dfr. Btg. beigelegten Flugblatt angeführt
sind, erkläre ich hiermit als erlogen

Die Personen, die solches behaupten, daß in
Altena solche Vereinbarungen gemacht sind, erkläre
ich als Lügner.

Gwald Fernholz, Halver.

geklebte Schuhe

sind die besten.

Solche sind elastisch, wasserdicht, halten
schöne Formen, kein Losgehen der Sohlen;
die Schuhe können dabei auf Wunsch noch
gepinnt oder genäht werden. Alte Schuhe,
deren Böden schlecht sind, sowie Vorschuh
und neue Schuhe werden von mir auf der
Homogen-Klebmachmaschine angefertigt.
Für jede Arbeit wird vollständige Garan-
tie geleistet.

Wilh. Brocksieper,
Mechanische Schuhmacherei m. Kraftbetrieb
Brügge i. Westf.

Amt Rierspe.

Kartoffel-Lieferung.

Aus dem Amtsbezirk müssen auch in diesem Jahre
eine größere Anzahl Wagen Speisefertkartoffeln an Be-
darfsgemeinden des Kreises Altena geliefert werden. Infolge der
unvermeidlichen Kartoffeln in den Industriegemeinden soll ein
Teil der Kartoffeln sofort zur Verladung kommen. Als Aufkauf-
kommissionäre sind die Herren Balzer, Rierspe, Sinderhauf,
Bollme und Zimmermann, Dhl bestellt. Sämtliche Landwirte,
die nach Belieferung der auf sie ausgestellten Kartoffelfarten
noch Ueberbushmengen an Kartoffeln besitzen, fordere ich
hiermit auf, sich umgehend mit vorgenannten Kommissionären
wegen Ablieferung in Verbindung zu setzen. Bezahlung
der Kartoffeln erfolgt durch die Sparkasse in Rierspe. Lieferung
hat frei Waggon zu erfolgen.

Rierspe, den 17. Oktober 1919.

Der Amtmann: J. B. Pfeiffer.

Lichtspiel-Theater.

Die für Samstag und Sonntag anberaumten
Vorstellungen mußten infolge Bahnstörung
und Lichtmangel ausfallen und finden
Montag und Dienstag abend 5 Uhr
statt. — Außerdem Montag nachmittag 3 Uhr
große Jugendvorstellung
mit ganz neuem Programm.

Gemeinde Schalksmühle.

Kartoffelversorgung.

Am 21. ds. Mts., nachmittags 2—4 Uhr findet im
Sprikenhause in Schalksmühle die Nachlieferung von
Kartoffeln statt an diejenigen Versorgungsberechtigten die am
7. ds. Mts. Kartoffeln nicht erhalten haben.

Halver, den 18. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Wir suchen für sofort einen
zuverlässigen, älteren

Kutscher

ferner einen

Lehrling

für unsere Werkzeugschlosserei

Angebote unter Nr. 2116
an die Geschäftsstelle des
„Allg. Anz.“ Halver.

1 fast neue Bett-
stelle, 3 Stühle,
1 kleiner Schrank,
1 Tisch, 1 Wasser-
bank, 1 Mantelofen,
1 gebr. Näh-
maschine u. 1 Herd
sowie billig zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle
des „Allg. Anz.“ Halver.

Fahren- Fahrplan

Ausgabe: Winter 1919

Preis 60 Pfg.
vorläufig.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Wir stellen noch mehrere
Mädchen

in Accord- und Tagelohn
sowie in 14 Tagen ein.

Kaiser & Spelsberg,
Elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. Westf.



Schablonen

zum Wäschezeichnen.

Monogramme

einfache und verzierte
einzelne Buchstaben.

Farben-Pinsel

zum Zeichnen
empfehlen

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Gute Aufnehmer
kaufen Sie billigst bei

Fr. Herm. Bohmer-Schalksmühle.